



Mittelstand - Kleine und Mittlere Betriebe Wachstumspotenziale in Belarus und in der Ukraine

Erfahrungen – Denkanstöße für Reformen Berliner Sommer-Akademie für Studierende und Berufsanfänger aus der Ukraine und Belarus

September 2015

I.

Einleitung

Der Bewerber aus Charkiw für eine Sommerakademie über die Relevanz der in Deutschland bestehenden Sozialen Marktwirtschaft für die Reformprozesse in der Ukraine und in Belarus begründet seinen Antrag mit den Worten „Ich bin in der Stadtverwaltung von Charkiw für Wirtschaftsentwicklung zuständig. Aber ich habe keinerlei Vorstellung, wie denn diese so wünschenswerte Entwicklung in Charkiw gefördert werden kann.“

Die Vereinigung „Menschenrechte in Belarus e.V.“, Berlin hat mit Mitteln des Auswärtigen Amtes eine achttägige Sommer-Akademie für Studierende und junge Berufsanfänger aus Belarus, der Ukraine und aus Deutschland zu eben dieser Frage durchgeführt.

In den Empfehlungen der Arbeitsgruppen dieser Sommer-Akademie für die Transformationsprozesse in den beiden Ländern Belarus und Ukraine wird die Schlüsselbedeutung der Autonomie und Selbstverwaltung der am Wirtschaftsleben mitwirkenden gesellschaftlichen Einrichtungen hingewiesen. Die Berichte betonen

die Bedeutung der Industrie und Handelskammern für die duale Berufsausbildung und für die Bereitstellung von Fachwissen zu Märkten, Innovationen und Qualitätsarbeit. Solche Kammern dürfen nicht als Einrichtungen des Staates, sondern müssen als Institutionen der Unternehmen, vor allem solchen der kleinen und mittleren Dimension konzipiert und strukturiert sein – eine Dimension, die der heutigen Ukraine und Belarus fremd ist.

Die Kursteilnehmer erlebten in den Gesprächen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Bundesverband der Arbeitgeberverbände die Realität des „Zwangs“ zur kritischen Zusammenarbeit der beiden Sozialpartner, in deren Händen die Aushandlung der Tarife der Arbeitnehmer in der deutschen Wirtschaft liegt. Deutschland gehört zu den Ländern mit den höchsten Lohnkosten – ein Faktum, das zur ständigen Innovation, der Steigerung der Produktqualität und zur weltweiten Ausdehnung der Marktforschung zwingt. Nachhaltigkeit der Marktpflege, Flexibilisierung der Regelarbeitszeit im Wege von Arbeitszeit-Konten, die je nach Marktlage „abgearbeitet“ werden und auch Perioden von Kurzarbeit „durchstehen“ kann, sowie die Fortbildung der Berufstätigen gehen einher mit Innovation der Technologie, des Produkts und der Einhaltung hoher Qualitätsstandards. Dies sind Bestandteile einer Wirklichkeit in den Beziehungen zwischen den Sozialpartnern Gewerkschaft und Arbeitgeberverband. Dieser Wirklichkeit begegneten die Kursteilnehmer bei Betriebsbesuchen am lebenden Objekt. Diese Einblicke haben die Kursteilnehmer zu nachdenklichen Studenten der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse an der Basis in den beiden Ländern gemacht. Die hier in den Institutionen und in den Betrieben erfahrene Realität hat die ideologischen Prägungen aus den Heimatländern in einem anderen Licht erscheinen lassen – ja stellt sie in Frage. Ein Prozess des Nachdenkens um Umorientierens ist in die Wege geleitet worden.

II.

Empfehlungen der studentischen Arbeitsgruppen Belarus und Ukraine

In den Berichten der beiden Arbeitsgruppen kommt das im Laufe der Studienwoche Erfahrene sehr überzeugend zum Ausdruck.

III

Die Didaktik der Studienwoche

Zunächst würden die Kursteilnehmern mit Vorlesungen über die rechtliche Ausformulierung und politische Absicherung der „Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland“ vertraut gemacht. Dazu gehören die Tarifhoheit der autonomen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ebenso wie das Kartellgesetz, das die Unterwanderung des Marktes durch Absprachen zwischen Produzenten oder Handelsfirmen unter Strafe stellt.

Die geschichtlichen Hintergründe, die sich in der urbanen Gesellschaftsstruktur Deutschlands mit einer Vielzahl von ehemals freien Reichsstädten mit Selbstverwaltung und Bürgerbrief manifestieren, erleichterte die politische Absicherung und rechtliche Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft, der in der Wirklichkeit Großunternehmen – zunächst in Kohle und Stahl und später im Chemie, Auto-Industrie und anderen Produktionsbetrieben – folgten und die sich auf betrieblicher Ebene im Betriebsverfassungsgesetzgebung widerspiegelt, also in den Betrieben mittlerer und kleiner Größe. In diesen Betrieben können auf Wunsch der Arbeitnehmer Betriebsräte errichtet werden – ab einer Betriebsgröße von fünf Mitarbeitern.

Das ganze System erfährt seine wirtschaftliche Relevanz im Weltmarkt durch das seit langem in Deutschland bestehende System der dualen Ausbildung des Fachpersonals in Berufsschule mit der theoretischen Wissensvermittlung und in den Betrieben, also den Unternehmen in handwerklicher, technischer Hinsicht. Die jungen Menschen erleben im Unternehmen die Unternehmenskultur und die Arbeitsweise von Betrieben in Forschung, Entwicklung, Produktion, Produktionskontrolle, Marktforschung und Vermarktung

des Produkts sowie schließlich die Rückkoppelung vom Markt in die weitere Produkt-Entwicklung. Der Lehrling ist selbst ein potenzieller Unternehmer!

Die auf Nachhaltigkeit und Anpassung an die Marktbedingungen hin optimierte Struktur der Industrie und des Handels wird in der Regel durch Hausbanken im Wege von Kreditverträgen, nicht im Wege von Kapitalinvestitionen aus dem internationalen Markt finanziert.

Ausländische Beobachter und Analysten haben die Besonderheiten des deutschen Wirtschaftssystems erkannt, so der US-Wirtschaftsfachmann....., der jüngst einen Aufsatz mit der bezeichnenden Überschrift „Germany’s bizarre version of capitalism – bosses and workers actually cooperate – is winning“ veröffentlichte. Deutsche Beobachter geben in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen ihrer Sorge Ausdruck, dass die deutschen Firmen im IT-Sektor und deren Bedeutung für die Produktion den Anschluss verpassen könnten. Es herrscht das Bild von der biedereren Natur des deutschen Mittelständlers vor. Das ist eine überkommene Vorstellung, die mit der Wirklichkeit nicht im Einklang steht. Eine große Zahl der Weltmarktführer in allen technischen Produktsparten, nämlich etwa 50 Prozent - kommt aus Deutschland – mit steigender Tendenz.

In einer zweiten Vorlesung wurden die Studierenden mit dem Reformprozess in Osteuropa und seinen Problemen sowie Schwierigkeiten vertraut gemacht – nicht nur wegen der Rückkehr Russlands auf einen expansiven imperialen außen- und sicherheitspolitischen Kurs gegenüber anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion - sondern auch auf dem Felde der Wirtschaft und sozialen Entwicklung, in der es nicht gelingen ist, den informellen Sektor der früheren Sowjetwirtschaft in einen produktiven und rechtlich verankerten KMU-Sektor umzuwandeln und damit stabile wirtschaftliche und soziale Fundamente für sich entfaltenden Demokratien zu schaffen. Die Transformationsprozesse haben eher im Windschatten der Währungs- und Wirtschaftspolitik der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds stattgefunden, in denen

eine autonome, aber Erfolg-orientierte Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zur Vereinbarung von Arbeits- und Lohnbedingungen und Tarife nicht systematisch gefördert wird – ebenso wenig wie der Sektor der kleinen und mittleren Betriebe und der dualen Fachausbildung.

Die Einführung von Komponenten des deutschen Wirtschaftssystems – vor allem der Tarifhoheit der Sozialpartner, der zentralen Rolle der selbständigen Industrie- und Handelskammern für landesweite Standards der Berufsbildung wäre wünschenswert, ist aber schwierig zu bewerkstelligen. Auf diesem Gebieten müssten deutsche Institutionen im amtlichen und zivilgesellschaftlichen Kontext initiativ tätig werden und Modelle in Form von Testreihen in den osteuropäischen Ländern vorstellen.

In einem zweiten Takt konnten sich die Kursteilnehmer auf kompetenter Ebene mit den Sozialpartnern – dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und des Bundesverbandes Arbeitgeberverbände (BDA) den Arbeitgeberverbänden, aber auch mit der Arbeit der Deutschen Industrie- und Handelskammer, dem Dachverband der selbständigen - Dachverband der etwa 80 Regionalkammern – vertraut machen, aber auch Einsichten aus dem Gespräch mit dem Bundesministerium für Wirtschaft auf dem Feld der Mittelstandspolitik der Regierung gewinnen.

Das Erfahrene wurde im dritten Takt der Studienwoche am praktischen Beispiel durch Besuche in Betrieben in der Wirklichkeit sichtbar und nachvollziehbar gemacht. Der unternehmerische Geist des Unternehmers, die kooperative Beziehung mit den Beschäftigten und die Offenheit für Anpassungen an veränderte Marktbedingungen wurde mehr als deutlich. Mitarbeiter mit dem sogenannten „Migrationshintergrund“ sind eine Selbstverständlichkeit, über die kein Wort verloren werden muss.

IV. Schlussfolgerungen

Es ist offenkundig:

Regierungsinstitutionen wie auch zivilgesellschaftliche Vereinigungen, ja auch das öffentliche in Medien und im Parlament zum Ausdruck kommende Meinungsbild sind sich der Defizite des Transformationsprozesses in Osteuropa nicht in der wünschenswerten spezifischen Weise bewusst. In Osteuropa wurde das Kapital der Gesellschaften im Wege von Anteilsscheinen „privatisiert“ – ohne jede Verknüpfung mit der Struktur und Marktsituation der in Frage stehenden Unternehmen und deren Zukunftsperspektiven. Es fanden keine Ausschreibungen für Firmenübernahmen statt. In Deutschland wurden mit der Treuhandstelle für die Privatisierung der DDR-Unternehmen die Unternehmen mit allen ihren Bestandteilen privatisiert und zwar im Wege der öffentlichen Ausschreibung für andere, auch internationale Unternehmen. Die Veräußerung eines Unternehmens geschah demnach im Wege von Verträgen und mit Auflagen.

V.

Erkenntnisse – Einsichten – Perspektiven

Die Sommer-Akademie hat folgende Erkenntnisse vermittelt.

Für die mit den Transformationsprozessen befassten Institutionen in Osteuropa ist das in dieser Studienwoche präsentierte deutsche „Modell“ weitestgehend unbekannt. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands wird mit der Arbeitsdisziplin der Deutschen erklärt und begründet und diese Haltung zur Arbeit lässt sich nicht übertragen.

In Deutschland sind die Wege der in Osteuropa eingeschlagenen Wirtschafts- und Finanzreformen, die zu Konglomeraten unter Leitung von „Oligarchen“ führten, weitgehend unbekannt. Die Privatisierung in Osteuropa beruht auf dem „Washingtoner Konsens“ aus den frühen neunziger Jahren.

Eine Arbeitsgruppe mit Teilnehmern aus den verschiedenen Komponenten des deutschen „Modells“ sollte unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten der

Länder in Osteuropa Empfehlungen erarbeiten, wie Teile dieses Systems unter Nutzung von privatwirtschaftlichen Anfängen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Wege von Pilotprojekten in diesen Ländern präsentiert und eingeführt werden könnten. Potenzial ist vor allem in sogenannten informellen Sektor der früheren Sowjetwirtschaft vorhanden.

Es ist es wichtig, dass sich die Gesprächspartner aus den osteuropäischen Ländern in ihrer jeweiligen Staats- oder Muttersprache ausdrücken, damit die Schlüsselbegriffe des neuen Reformprozesses integrale Bestandteile der jeweiligen nationalen Kultur werden und nicht als Lehnwörter aus anderen Sprachen oder Wirtschaftssystemen dem Land fremd bleiben.

September 2015